

Deutschland in der Weltpolitik 1945 - 1961

Kurseinheit 1:
Vom Krieg zum Kalten Krieg

Autor:
Prof. Dr. Wilfried Loth

Inhalt (Kurseinheit 1)

0.	Einführung	1
0.1.	Thema	1
0.2.	Inhaltsüberblick	2
0.3.	Darstellungsweise	5
0.4.	Begleitende Lektüre	6
0.5	Literatur	8
	0.5.1 Quellen	8
	0.5.2 Darstellungen	9
0.6	Der Autor	12
1.	Deutschland-Planungen der Siegermächte	13
1.1	Aufteilungspläne	13
1.2	Bedenken und Widerstände	19
1.3	Die Kapitulation des Deutschen Reiches	21
1.4	Weitere Weichenstellungen	23
	1.4.1 Die Errichtung einer französischen Besatzungszone	23
	1.4.2 Die Besetzung der Besatzungszonen	24
	1.4.3 Die Entscheidung für die Oder-Neiße-Grenze	26
	1.4.4 Die Frage der Reparationen	27
	1.4.5 Die Frage der Zentralverwaltungen	28
2.	Politik in den Besatzungszonen 1945-1947	31
2.1	Sowjetische Besatzungszone	33
2.2	Die Gründung der SED	38
2.3	Die westliche Besatzungspolitik	43
	2.3.1 Verwaltungsaufbau	44
	2.3.2 Entnazifizierung	46
	2.3.3 Wirtschaftliche Umgestaltung	47
	2.3.4 Ergebnisse	49
3.	Das Scheitern gemeinsamer Deutschlandpolitik 1945-1947	52
3.1	Die Blockierung der Zentralverwaltungen	52
3.2	Die Entscheidung für die Bizone	54
3.3	Der Bruch der alliierten Deutschlandpolitik	58
3.4	Die Rolle der Deutschen	65

0. Einführung

0.1 Thema

Die deutsche Geschichte vom Zusammenbruch des Dritten Reiches bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 ist in den Grundzügen bekannt. Die Übernahme der Regierungsgewalt durch die vier Siegermächte, die Einrichtung der Besatzungszonen, die Ost-West-Spaltung und die Gründung zweier deutscher Staaten, die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungsbündnis und die Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt, schließlich die Auseinandersetzungen um den Status von Berlin und die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden - all das ist den Älteren noch in lebhafter Erinnerung, und den Jüngeren wird es in Form von chronologischen Abrissen immer wieder nahe gebracht.

Viel weniger bekannt sind dagegen die Gründe für diese Entwicklung. Warum sind nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches zwei deutsche Staaten entstanden, die zugleich Vorposten gegnerischer Gesellschafts- und Militärsysteme waren? Gab es auch Alternativen zu dieser Entwicklung, und wenn ja: Wieso sind sie nicht zum Zuge gekommen? Wer ist für die Teilung Deutschlands und Europas verantwortlich? Das hat jeder der Beteiligten anders in Erinnerung, und den Nachfahren wird es in unterschiedlicher Weise erzählt. Dabei beruhen alle diese Erzählungen nur auf partiellen Einsichten: Viele Vorgänge blieben den Zeitgenossen unbekannt, weil sie sich entweder im Halbdunkel der staatlichen Geheimdiplomatie abspielten oder nicht unmittelbar anschaulich waren. Hinzu kommt, dass mit dem Erzählen meistens ein Rechtfertigen des eigenen Verhaltens verbunden ist, eine positive Begründung der eigenen Identität aus der subjektiven Rekonstruktion der jüngsten Vergangenheit. Verzeichnungen und Einseitigkeiten bleiben da nicht aus; und eine begründete Selbsterkenntnis, die auf sicherer Kenntnis der historischen Zusammenhänge beruht, kommt selten zustande.

Hier setzt der Kurs "Deutschland in der Weltpolitik 1945-1961" ein. Er will begreiflich machen, warum die deutsche Geschichte nach 1945 den bekannten Verlauf genommen hat, und damit erläutern, was es an dieser Geschichte aufzuarbeiten gibt. Er bedient sich dazu der Erkenntnisse der zeitgeschichtlichen Forschung. Diese war zwar in den vergangenen beiden Jahrzehnten vielfach mit politischen Zusammenhängen verwoben, so dass viele Darstellungen von Einseitigkeiten unterschiedlicher Art nicht frei sind. Auch hat sich die Forschung mit der jüngsten Zeitgeschichte bislang nur sehr ungleichmäßig beschäftigt. Viel Energie wurde in die Erforschung der Besatzungszonen gesteckt, etwas weniger schon in die Erforschung der deutschlandpolitischen Verhandlungen, und noch weniger in das Ausmessen von Traditionen und Wandlungen in der gesellschaftlichen Entwicklung in beiden deutschen Staaten. Was an Einsichten und Informationen zusammengetragen wurde, ermöglicht aber dennoch ein rationaleres, sachlicheres und genaueres Bild der deutschen Nachkriegsgeschichte, als es sich aus den (unterschiedlichen) Überlieferungen der Zeitgenossen ergibt. Dieses Bild soll hier präsentiert werden. Dabei wird aus Gründen der Übersichtlichkeit darauf verzichtet, den Gang der Meinungs- und Forschungskontroversen im einzelnen darzustellen. Statt dessen werden die jeweils umstrittenen Fragen aufgegriffen und, anhand des historischen Materials zu beantworten versucht.

Die Antworten, die in diesem Kurs gegeben werden, sind nicht als autoritative Weisungen gemeint. Der Kursteilnehmer soll in die Lage versetzt werden, selbst zu entscheiden, wieweit ihn die vorgetragenen Argumentationen überzeugen; er kann dann die Akzente gegebenenfalls auch etwas anders setzen. Wichtig ist nur, dass er sich um möglichst umfassende Orientierung bemüht und demzufolge bereit ist, neue Einsichten auch dann zu akzeptieren, wenn sie vertraute Vorstellungen und Überzeugungen infrage stellen. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit zu rationalerer Orientierung in der Gegenwart führen.

0.2 Inhaltsüberblick

Der Kurs behandelt die deutsche Geschichte vom Zusammenbruch des Dritten Reiches bis zum Beginn der 60er Jahre. Inhaltlich wird sie als eine zusammenhängende Geschichte insofern gesehen, als sich in dieser Zeit entscheidet, dass es unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts zwei deutsche Staaten geben wird. Dieser Entscheidungsprozeß beginnt mit den Planungen der künftigen Siegermächte während des Zweiten Weltkrieges; insofern greift die Darstellung zeitlich vor das Jahr 1945 zurück. Formal endet er 1955 mit der Integration der beiden deutschen Staaten in die beiden gegensätzlichen Militärsysteme; inhaltlich geht er jedoch noch etwas weiter: Erst zu Beginn der 60er Jahre lässt sich die Bundesrepublik wirklich als westliche Demokratie bezeichnen; in der DDR hat sich der bürokratische Stalinismus definitiv gegen sozialistische Alternativen durchgesetzt; die beiden deutschen Staaten sind in das bipolare atomare Abschreckungssystem einbezogen worden. Der Mauerbau vom August 1961 setzt in doppelter Hinsicht einen Schlusspunkt unter diese Entwicklung: Er legt den Grundstein für die Stabilisierung des zweiten deutschen Staates und macht den Westdeutschen bewusst, dass die Teilung der Nation mehr als ein Provisorium ist. Die Darstellung wird darum bis zu diesem Zeitpunkt geführt und endet mit einem Ausblick auf die Wirkungen des 13. August 1961 auf die Befindlichkeit der beiden Nachfolgestaaten des Reiches. Der Schwerpunkt des Kurses liegt bei den internationalen Auseinandersetzungen um die deutsche Frage und der Tätigkeit der Siegermächte in Deutschland (daher auch der Titel: "Deutschland in der Weltpolitik".) Es kommt aber auch die gesellschaftliche und politische Entwicklung in den Besatzungszonen und den beiden deutschen Staaten selbst zur Sprache nicht nur, weil sie zum Teil von den Besatzungsmächten mit geprägt wurde, sondern auch, weil sie Rückwirkungen auf den Status der deutschen Frage in der internationalen Politik hatte.

Der Kurs gliedert sich in drei zeitliche Abschnitte: Eine erste Kurseinheit behandelt die Entwicklung von den Planungen der Siegermächte während des Zweiten Weltkrieges bis zur offenen Austragung des Kalten Krieges im Jahre 1947.

Die zweite Kurseinheit schildert die Entwicklung vom Scheitern gemeinsamer alliierter Deutschlandpolitik 1947 bis zur Integration der beiden deutschen Staaten in die NATO bzw. den Warschauer Pakt 1955. Die dritte Kurseinheit behandelt die Entwicklung in der Bundesrepublik und der DDR sowie die deutschlandpolitischen Auseinandersetzungen vom Abschluss der Blockintegration bis zum Mauerbau 1961.

Im einzelnen werden die Kurseinheiten folgendermaßen gegliedert:

1. Kurseinheit: Vom Krieg zum Kalten Krieg

1. Deutschland-Planungen der Siegermächte

Im einleitenden Kapitel wird geschildert

- welche Pläne und Konzepte die künftigen Siegermächte zur Sicherung vor einer erneuten deutschen Aggression entwickelten,
- auf welche Schwierigkeiten und Probleme sie bei dem Versuch stießen, diese Pläne, zu verwirklichen,
- und welche Regelungen infolgedessen bei Kriegsende für die künftige Behandlung Deutschlands getroffen wurden.

Es wird gezeigt, dass der Fortbestand des Deutschen Reiches infolge der verschiedenen Aufteilungspläne der Siegermächte mehr als fraglich war und dass sich die "Großen Drei" (USA, Sowjetunion, Großbritannien) dann im Sommer 1945 auf den vagen Kompromiss einer gemeinsamen Verwaltung der vier Besatzungszonen einigten.

2. Politik in den Besatzungszonen 1945-1947

Dieses Kapitel zeigt, dass die vier Besatzungsmächte in Deutschland vor gleichen Problemen standen und darum zunächst auch ganz ähnliche Konzepte zur demokratischen Umgestaltung entwickelten. Da Frankreich als vierte Besatzungsmacht die Schaffung zentraler Verwaltungsämter für alle vier Zonen blockierte, kamen jedoch die Unterschiede im Demokratieverständnis wie in den Verhaltensweisen der vier Besatzungsmächte rasch zum Tragen. Mit der Zeit bildete sich so eine Ost-West-Polarisierung heraus, die dazu führte, dass die Bereitschaft zu gemeinsamen Lösungen auf beiden Seiten dahinschwand. Eine besondere Rolle spielte dabei die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED in der Sowjetzone. Wichtig war aber auch die Halbherzigkeit der Entnazifizierungsmaßnahmen in den Westzonen.

3. Das Scheitern gemeinsamer Deutschlandpolitik 1945-1947

Das dritte Kapitel behandelt den Deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß von der Potsdamer Konferenz bis zur sowjetischen Absage an den Marshall-Plan 1947. Untersucht werden die Zielsetzungen der Besatzungsmächte und ihr jeweiliger Anteil am Scheitern der in Potsdam vereinbarten Gemeinsamkeit. Dabei wird deutlich, dass keine der Siegermächte von vornherein die Teilung wollte. Die Verfolgung unterschiedlicher Partikularinteressen und wachsende Fehlwahrnehmungen auf allen Seiten haben dann aber dazu geführt, dass sie unausweichlich wurde. Zum Schluss wird auch die Rolle der Deutschen in diesem Prozess behandelt: Sie haben durch ausgesprochenes Desinteresse an gesamtdeutschen Regelungen dazu beigetragen, dass sich der Einheitskonsens der Siegermächte so schnell verflüchtigen konnte.

2. Kurseinheit: Die Zwei-Staaten-Lösung der deutschen Frage

4. Die doppelte Staatsgründung

Zwischen dem Scheitern gemeinsamer alliierter Deutschlandpolitik und der Gründung der beiden deutschen Staaten lagen zwei Jahre, in denen die Staatsgründungen vorbereitet wurden. Auf beiden Seiten gab es aber Widerstände gegen die Staatsgründungen, die zunächst einmal überwunden werden mussten: Die Sicherheitsinteressen Frankreichs und der Sowjetunion ließen die Etablierung zweier deutscher Staaten nicht ohne weiteres zu. In dem Kapitel werden die Auseinandersetzungen um die Staatsgründungsprojekte geschildert; dabei tritt insbesondere die Berliner Blockade 1948/49 als Schlüsselpunkt der Auseinandersetzung hervor.

5. Die Westintegration der Bundesrepublik 1949-1952

Die Integration der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Militärbündnis war eine logische Folge aus der Gründung eines westdeutschen Staates. Sie wurde aber weder in der Bundesrepublik selbst noch im Kreis der Westmächte sogleich akzeptiert - weil sie die Ost-West-Spaltung Deutschlands zu vertiefen und den Ost-West-Konflikt zu verschärfen schien. Das Kapitel zeigt, wie die Westintegration der Bundesrepublik gleichwohl durchgesetzt wurde. Dabei treten die Weichenstellungen des ersten Bundeskanzlers, Konrad Adenauer, ebenso hervor wie der Beschleunigungseffekt, den der Korea-Krieg 1950 auslöste. Das Kapitel zeigt, wie die Bundesrepublik schrittweise zum Verbündeten der Westmächte aufstieg und sich mit der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft erste Umrisse westeuropäischer Integration abzeichnete.

6. Stalin-Noten und definitive Blockbildung 1952-1955

Durch Stalins Angebot vom Frühjahr 1952, über eine Neutralisierung Deutschlands zu verhandeln, ist diese Entwicklung noch einmal infrage gestellt worden. In diesem Kapitel wird diskutiert, welche Substanz Stalins Verhandlungsangebot hatte und warum es schließlich abgelehnt wurde. Ebenso werden die Entspannungsansätze analysiert, die sich nach Stalins Tod im März 1953 ergaben, sodann Ursachen und Folgen des Aufstands vom 17. Juni 1953, das Scheitern der EVG 1954 und das Zustandekommen der Pariser Verträge, die der Westintegration der Bundesrepublik schließlich die definitive Form gaben.

3. Kurseinheit: Die Verstetigung der Provisorien

7. Das Wirtschaftswunderland

Das Kapitel schildert die innere Entwicklung der Bundesrepublik in den "langen" 50er Jahren: die unsicheren Anfänge der provisorischen Republik mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten und nationalsozialistischem Traditionsüberhang, den überraschend dynamischen wirtschaftlichen Aufschwung, die partielle Modernisierung der westdeutschen Gesellschaft, die sich daraus ergab, und die allmähliche Verinnerlichung westlicher Maßstäbe. Es wird gezeigt, dass diese Gesellschaft zwar bedenkliche restaurative Momente aufwies, aber gleichwohl definitiv vom "deut-

schen Sonderweg" Abschied nahm und die politische Westintegration darum zu einem dauerhaften Strukturelement der internationalen Politik werden ließ.

8. Sozialismus in einem halben Land

Dieses Kapitel berichtet von der Verstetigung des "Sozialismus in einem halben Land", nachdem die gesamtdeutsche Alternative definitiv gescheitert war. Berichtet wird, wie die SED-Führung mit den Schwierigkeiten umgegangen ist, die sich ihr bei dem Versuch stellten, eine sozialistische Ordnung allein auf dem Boden einer Besatzungszone aufzubauen, welche Alternativen sich im Zeichen der von Moskau verfügbaren Entstalinisierung aufboten und welche Entscheidungen schließlich zum Mauerbau vom 13. August 1961 führten.

Es wird deutlich, dass der Wille der selbsternannten "Führer der Arbeiterklasse", sozialistische Ordnungsverhältnisse trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten zu verwirklichen zu einer Form von Sozialismus führte, die nur bei Absperrung nach außen und Militarisierung im Innern überlebensfähig war.

9. Die Verfestigung der Zwei-Staaten-Lösung 1955-1961

Das Kapitel handelt zunächst vom Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik, der in dieser Form in den Pariser Verträgen von 1954 gar nicht vorgesehen war, sodann von der Entstehung der Römischen Verträge von 1957, die die Bundesrepublik in die EWG und in die Europäische Atom-Gemeinschaft (EURATOM) zusätzlich einbanden. Dann wird berichtet, wie die Regierung Adenauer einen vergeblichen Abwehrkampf gegen die Verfestigung des deutschlandpolitischen Status quo lieferte, bei dem zunächst die Chancen vertan wurden, das atomare Abschreckungssystem in letzter Minute zu verhindern, und dann durch Chruschtschows wiederholte Berlin-Ultimeata eine bedrohliche Verschärfung der internationalen Lage eintrat. Der Mauerbau erscheint aus dieser Perspektive als das Ergebnis eines Ost-West-Krisenmanagements, das schließlich den Weg zur Überwindung des Kalten Krieges freimachte.

0.3 Darstellungsweise

Jedes Kapitel beginnt mit einem kurzen Problemaufriss, in dem die spezifische Fragestellung für den behandelten Teil der Gesamtproblematik entwickelt wird. Dabei wird, soweit es notwendig ist, auch auf Forschungskontroversen eingegangen.

Dann folgt eine Liste von Daten, die für die jeweilige Darstellung von Belang sind. Sie ermöglicht eine erste Orientierung über die zu behandelnden Ereignisse und kann während der Lektüre der folgenden Texte immer wieder zur Rückversicherung benutzt werden.

Der Text ist in mehrere Abschnitte gegliedert. Dabei wechseln Berichte und diskursive Erörterungen der jeweiligen Problematik einander ab. Wenn ein Schritt zur Beantwortung der eingangs gestellten Fragen getan ist, wird ein Fazit gezogen; gelegentlich werden auch Kommentare zu den geschilderten Entwicklungen geboten.

Übungsaufgaben stehen entweder nach einem solchen Teilschritt oder am Ende des Kapitels. Sie sollen den Kursteilnehmer anregen, sich noch einmal eigenständig mit dem bereits Gelesenen zu beschäftigen und sich die Argumentation auf diese Weise anzueignen. Die Fragen sind jeweils offen formuliert; sie lassen sich am besten dadurch beantworten, dass man selbst einen argumentativen Text schreibt. Ebenso eignen sie sich als Diskussionsfragen für Gruppen, die sich gemeinsam mit der Kurseinheit beschäftigen.

Um die Eigenarbeit der Teilnehmer zu fördern, sind unterschiedliche Quellentexte und längere Zitate aus Darstellungen in den Text eingestreut. Teilweise sollen sie einen Sachverhalt verdeutlichen; häufig dienen sie aber auch in Verbindung mit einer Übungsaufgabe dazu, sich dem Gegenstand von einer zweiten Seite zu nähern.

Fußnoten beschränken sich auf direkte Nachweise von Zitaten und besonderen Funden der jüngsten Forschung. Für alle anderen Nachweise muss pauschal auf das Literaturverzeichnis (0.5) verwiesen werden.

Am Ende eines Argumentationsgangs bzw. eines Kapitels finden sich kommentierte Hinweise auf Literatur, die für den jeweiligen Argumentationszusammenhang von zentraler Bedeutung ist. Sie sollen grob über den Forschungsstand informieren und zu begleitender und vertiefender Lektüre einladen.

0.4 Begleitende Lektüre

Sie werden sich den Kursinhalt umso sicherer erschließen, je intensiver Sie parallel zu den einzelnen Kapiteln einschlägige Darstellungen in der Fachliteratur lesen. Hinweise auf besonders instruktive Darstellungen, einzelne Buchkapitel und Aufsätze, die zur Lektüre empfohlen werden, finden Sie unter den Literaturhinweisen in den einzelnen Kapiteln. Bitte orientieren Sie sich in erster Linie nach diesen Hinweisen!

Im folgenden wird zusätzlich zu diesen Hinweisen auf Gesamtdarstellungen aufmerksam gemacht, die als Parallelektüre zu dem Kurs verwendet werden können. Um Ihnen die Entscheidung für die Anschaffung einer oder mehrerer dieser Darstellungen zu erleichtern, werden dabei jeweils auch der Verlag, der Umfang und der Preis genannt.

Wer sich einen Überblick über den Gang der Forschungsdiskussion zu unserer Thematik verschaffen will, sei verwiesen auf:

- Rudolf Morsey, Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, Oldenbourg, München, 4. Aufl., 2000, 343 S., (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 19), 24,80 EUR
- Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, Oldenbourg, München, 3. Aufl., 2000, 355 S. (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 20), 24,80 EUR

Beide Darstellungen bieten einen knappen Abriss der Fakten und dann einen ausführlichen Bericht über die Forschungslage; dabei wird auch kommentierend auf

Deutschland in der
Weltpolitik 1945 - 1961
Kurseinheit 3:
Die Verstetigung der Provisorien

Autor:
Prof. Dr. Wilfried Loth

Inhalt (Kurseinheit 3)

7. Das Wirtschaftswunderland	1
7.1. Prekäre Anfänge	3
7.2. Korea-Boom und erste Maßnahmen	6
7.3. Aufschwung und Integration	10
7.4. Qualitativer Modernisierungsschub	13
7.5. Abschied von Adenauer	17
7.6. Fazit	19
8. Sozialismus in einem halben Land	20
8.1. Zaghafte Entstalinisierung	20
8.2. Ulbrichts Reaktion	23
8.3. Forcierte Kollektivierung	26
8.4. Der Entschluss zum Mauerbau	30
9. Die Verfestigung der Zwei-Staaten-Lösung 1955-1961	34
9.1. Die Regelung der Saar-Frage	35
9.2. EWG und EURATOM	37
9.3. Wiedervereinigungspläne und Atombewaffnung	40
9.4. Berlin-Krise und Mauerbau	47

8.4 Der Entschluss zum Mauerbau

Chruschtschows Berlin-Ultimatum

Was getan werden sollte, um die Fluchtbewegung zu stoppen, war jedoch lange Zeit unklar. Zwar wurde in der SED-Führung schon früh erwogen, das Schlupfloch West-Berlin durch den Bau einer Mauer zu stopfen (ein Plan, der 1958 im Westen unter dem Kenn-Namen „Operation Chinesische Mauer“ bekannt wurde), doch musste diese Idee wieder zu den Akten gelegt werden, da die sowjetische Führung ihr nicht zustimmte. Chruschtschow unterstützte Ulbrichts Anliegen nur insofern, als er – erstmals am 27. November 1958 – von den Westmächten verlangte, West-Berlin in eine „selbständige politische Einheit“ zu verwandeln, aus der sich alle (westlichen) Besatzungstruppen zurückziehen hätten. Das sorgte zwar für erhebliche Nervosität im westlichen Lager (mehr dazu in Kapitel 9), änderte aber, da sich die Westmächte nicht dazu bringen ließen, auf diese Forderung einzugehen, vorerst nichts an der fortdauernden Destabilisierung der DDR.

Zögern der Sowjetführung

Angesichts der Verstärkung der Fluchtbewegung erörterte die SED-Führung im Oktober 1960 erneut die Abriegelung der Grenzen zwischen West-Berlin und der DDR. Im März 1961 brachte Ulbricht das Vorhaben im Politischen Beratenden Ausschuss des Warschauer Pakts zur Sprache. Chruschtschow winkte jedoch ab. Daraufhin erklärte Ulbricht in einer Pressekonferenz am 15. Juni 1961, niemand habe die Absicht, in Berlin „eine Mauer zu errichten.“ Damit provozierte er einen dramatischen Anstieg der Fluchtbewegungen, und das ermöglichte es ihm, Chruschtschow „Ende Juni oder Anfang Juli“ zu warnen, „wenn die gegenwärtige Situation der offenen Grenze weiter bestehen bleibe, sei der Zusammenbruch unvermeidlich.“²⁴ Chruschtschow zögerte jedoch weiter. Anders als dem militanten SED-Chef war ihm klar, dass die Abriegelung West-Berlins die Chancen für eine umfassende Verständigung mit dem Westen über den Status der beiden deutschen Staaten noch weiter verschlechtern musste. Außerdem war er nicht sicher, ob die Westmächte eine solche Provokation nicht mit Gegenmaßnahmen beantworten würden und wie die Bevölkerung der DDR auf die Absperrung des Fluchtventils reagieren würde. Seine Haltung änderte sich erst, nachdem der amerikanische Präsident John F. Kennedy am 25. Juli öffentlich erklärt hatte, welche „drei Essentials“ für den Westen unabdingbar seien: die Präsenz seiner Truppen in Berlin, der freie Zugang von der Bundesrepublik nach Berlin und die Sicherung der Lebensfähigkeit der Stadt. Von den Rechten der westlichen Alliierten in Bezug auf Gesamt-Berlin war nicht die Rede; das ließ es Chruschtschow als wahrscheinlich erscheinen, dass die US-Regierung eine Abriegelung der sowjetischen Sektorengrenze hinnehmen würde.

Kennedys „drei Essentials“

Grünes Licht für Mauerbau

Am 3. August erhielt Ulbricht in Moskau die Erlaubnis, die Grenze zu schließen – wenn er garantieren könne, dass seine Sicherheitstruppen die Ordnung aufrecht erhielten und die DDR bei einer Aufkündigung des innerdeutschen Handelsabkommens nicht zusammenbräche. Er kehrte daraufhin nach Ost-Berlin zurück, ließ sich in einer Nachtsitzung von seinen engsten Mitarbeitern entsprechende Zusicherungen geben, und holte sich dann am 5. August im Kreis der Ersten Sekretäre der Warschauer Pakt-Staaten die definitive Zustimmung. Chruschtschow bestand allerdings darauf, dass die Sektorengrenzen zunächst nur mit Stacheldraht abgeriegelt werden sollten. Erst wenn sicher war, dass der Westen darauf nicht

²⁴ Zeugnis von Julij A. Kwizinskij, Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten, Berlin 1993, S. 179.

mit dem Einsatz seines Militärs reagieren würde, sollte er durch Mauerblöcke ersetzt werden, und Ulbricht sollte „nicht einen Millimeter weiter“ gehen.²⁵

Mit der Durchführung des Unternehmens wurde Erich Honecker beauftragt, der seit 1960 die Funktion eines Sekretärs des Verteidigungsrates inne hatte. Unter seiner Leitung wurde in der Nacht zum 13. August 1961 exakt den Anweisungen Chruschtschows entsprechend vorgegangen: Zunächst wurde die Sektorengrenze in Berlin durch Polizeiposten, Betriebskampfgruppen und Volksarmee-Verbände abgesperrt; dann wurden Stacheldrahtbarrieren errichtet und in den folgenden Tagen wurden sie schrittweise durch Mauern ersetzt. Die offizielle Propaganda des Regimes nannte das Bauwerk einen „antifaschistischen Schutzwall“, der der Unterminierung des Arbeiter- und Bauernstaates durch die westdeutschen Revanchisten einen Riegel vorschob.

13. August 1961

Begleitet wurde der Mauerbau von einer Demonstration allgemeiner Militanz und Entschlossenheit. Gruppierungen der Nationalen Volksarmee und bewaffnete Betriebskampfgruppen zeigten sich öffentlich und demonstrierten damit, dass jeder Widerstand von innen gegen die Abschließung des DDR-Staates zwecklos war. Der Chefpropagandist des Berliner Rundfunks, Karl Eduard von Schnitzler, wüthete gegen „geistige Grenzgänger“ und zog Menschen, die sich gegen den verschärften Zugriff der Staatsgewalt auflehnten, in den Schmutz. Flüchtlinge, die sich gleichwohl einen Weg durch die Absperrungen suchten, wurden erbarmungslos niedergeschossen.

Auf diese Weise „gelang“ die Absicherung des Übergangs zum Sozialismus. Vom „Überholen“ der Bundesrepublik war zwar nicht mehr die Rede, doch war nun auch jede Entwicklung ausgeschlossen, die das Machtmonopol der Führung der „Partei der Arbeiterklasse“ noch einmal in Frage stellte – jedenfalls so lange, wie die Sowjetunion ihre schützende Hand über das ursprünglich ungeliebte Kind DDR hielt. Zu Recht konnte der DDR-Historiker Siegfried Prokop zum Schluss einer Studie über den „Übergang zum Sozialismus in der DDR“ feststellen:

Vollendung des Machtmonopols

In der Geschichte der DDR zeichnete sich zu Beginn der 60er Jahre ein bedeutsamer Einschnitt ab. Die Aufgaben der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus konnten im wesentlichen gelöst werden. Die Arbeiterklasse hatte unter Führung der SED die Frage der Macht, die zentrale Frage einer Revolution, endgültig zugunsten des Sozialismus entschieden ... In allen Bereichen der Volkswirtschaft dominierten sozialistische Produktionsverhältnisse ... Unter Führung der Arbeiterklasse wandelte sich die Sozialstruktur der Gesellschaft qualitativ.²⁶

Es muss nur hinzugefügt werden, dass die „Arbeiterklasse“ in Wirklichkeit nur aus ihren selbsternannten Führern bestand und dass die Art von Sozialismus, die sie verwirklichte, nicht ohne Absperrung nach außen und Militarisierung im Innern auskam. Das sicherte ihm zwar Stabilität, bereitete aber auch den Grund für seinen Zusammenbruch, sobald die Garantie durch die sowjetische Militärmacht wegfiel.

²⁵ Zit. n. Loth, Helsinki, S. 84.

²⁶ Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR. Entwicklungslinien und Probleme der Geschichte der DDR in der Endphase der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus und beim umfassenden sozialistischen Aufbau (1958-1963), Berlin 1986, S. 325.

Übungsaufgabe

Im November 1961 gab das Zentralkomitee der SED die folgende Erklärung zum 22. Parteitag der KPdSU ab:

Der XXII. Parteitag bezeichnete die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik als ein Glück für den Frieden in Europa. Im Kampf für den Frieden tritt die Deutsche Demokratische Republik als aktiver Bundesgenosse der Sowjetunion auf. Die Deutsche Demokratische Republik ist der rechtmäßige deutsche Staat und zugleich auf Grund der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit der berufene Vertreter der nationalen Interessen des deutschen Volkes. [...]

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stimmt völlig mit der entschiedenen und notwendigen Verurteilung überein, die der XXII. Parteitag in bezug auf den Personenkult getroffen hat. Das Zentralkomitee der KPdSU und Genosse Chruschtschow persönlich haben sich durch ihren konsequenten und erfolgreichen Kampf um die Beseitigung des Personenkultes große Verdienste um die ganze internationale Arbeiterbewegung erworben.

Unter den Bedingungen der Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnte kein Personenkult entstehen, da von Anfang an die Einhaltung der Leninschen Normen des Parteilebens, der Kollektivität der Leitungen und des demokratischen Zentralismus ein wichtiges Element der ideologischen und organisatorischen Verschmelzung der Kommunistischen Partei Deutschlands und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewesen ist. Die unter dem Einfluß des Personenkults um J.W. Stalin aufgetretenen Erscheinungen des Dogmatismus in der ideologischen und organisatorischen Arbeit der Partei sowie einzelne Überspitzungen wurden rechtzeitig und im Vorwärtsschreiten korrigiert. Nachdem das Zentralkomitee mit dem Genossen Walter Ulbricht an der Spitze 1953 die von Berija und Malenkov und der Fraktion Zaisser-Herrnstadt vertretene Kapitulationspolitik gegenüber dem Imperialismus und der Preisgabe des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik überwunden hatte, rechnete es 1957/58 mit der opportunistischen Schirdewan-Gruppe ab, deren Tätigkeit gegen die Linie der III. Parteikonferenz gerichtet war und objektiv die feindliche Wühlarbeit unterstützte.

Die wichtigste Lehre des XXII. Parteitages für die weitere Entwicklung unserer Partei besteht darin, daß die Leninschen Normen des Parteilebens strikt eingehalten, der demokratische Zentralismus gefestigt, die Kollektivität der Leitungen gesichert und die Verbindungen der Partei mit den Massen verstärkt werden. Für uns gilt voll und ganz die Lehre des XXII. Parteitages: Die Partei ist für das Volk da und dient dem Volke. Alle Parteimitglieder haben die Aufgabe, den Massen die Politik der Partei zu erklären und gleichzeitig von den Massen zu lernen. Unsere gesamte Parteiarbeit muß sich durch die Einheit von politischer Erziehung mit der Erfüllung der ökonomischen Aufgaben auszeichnen.

Der neue Abschnitt der Entwicklung erfordert die Hebung der Rolle des Parteimitgliedes. Unsere Genossen sollen beispielgebend für alle Werktätigen bei der Lösung der wirtschaftlichen und staatlichen Aufgaben sein. Die Aufmerksamkeit der leitenden Parteiorgane muß beharrlich auf die Erhöhung der Aktivität, des ideologisch-politischen Niveaus, der organisatorischen Kraft, des Masseneinflusses der Grundorganisationen gerichtet sein. [...]²⁷

²⁷ Dokumente der SED, Bd. 8, Berlin 1962, S. 496 ff.

Bitte erläutern Sie:

Wie spiegelt sich in dieser Erklärung die Entwicklung der DDR seit Stalins Tod wider?

Was bedeuten die Vorgaben für die „weitere Entwicklung unserer Partei“ in der Praxis?

Literaturhinweise

Für einen knappen Überblick über Fakten und Literatur:

- Hermann Weber, Die DDR 1945-1990, 3. Aufl., München 2000 (Oldenbourg Grundriß der Geschichte Bd. 20)
- Ulrich Mählert, Kleine Geschichte der DDR, München 1998 (Beck'sche Reihe)

Eine problemorientierte Darstellung:

- Dietrich Staritz, Geschichte der DDR 1949-1985, Frankfurt/M. 1985, S. 87-138 (Neue Historische Bibliothek, Edition Suhrkamp).

Aus DDR-Sicht:

- Rolf Badstübner u.a., Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1981.

Bitte überlegen Sie:

1. Wo sind Brüche in der Argumentation Adenauers zu erkennen?
2. Inwiefern war es schwierig, dieses Konzept durchzusetzen?
3. Wie beurteilen Sie vor dem Hintergrund dieses Konzepts den „Österreich-Plan“ vom März 1958?

9.4 Berlin-Krise und Mauerbau

Die Entscheidung, Atomwaffen auf westdeutschem Territorium zu stationieren, trieb Chruschtschow (der unterdessen zum ersten Mann in der Moskauer Hierarchie aufgestiegen war) dazu, sich erneut des Druckmittels West-Berlin zu bedienen. Nachdem er schon mehrere Monate heftige Attacken gegen den „Friedensverhinderer“ Adenauer geritten hatte und der ungehinderte Zugang nach West-Berlin mehrfach gestört worden war, kündigte er am 10. November 1958 in einer Rede aus Anlass des Empfangs einer polnischen Delegation das baldige Ende der „Privilegierten“-Stellung der Westmächte in Berlin an. Am 27. November ließ er den drei Westmächten sowie den Regierungen der Bundesrepublik und der DDR inhaltlich übereinstimmende Noten überreichen, in denen er die Rechte der westlichen Alliierten in Berlin als durch Missbrauch verwirkt erklärte und die Adressaten, aufforderte, sich mit ihm innerhalb von sechs Monaten auf eine „gesunde Grundlage“ für die Regelung der Berlin-Problematik zu verständigen. Als „mögliche“ Regelung bot er an, die West-Berlin-Frage gegenwärtig durch die Umwandlung West-Berlins in eine selbständige politische Einheit – in eine Freie Stadt – zu lösen, in deren Leben sich kein Staat, auch keiner der beiden bestehenden deutschen Staaten, einmischen dürfte. Man könnte sich insbesondere darüber einigen, das Territorium der Freien Stadt zu demilitarisieren und auf ihm keinerlei Streitkräfte zuzulassen. Die Freie Stadt West-Berlin könnte ihre eigene Regierung haben und könnte ihre Wirtschaft, Verwaltung und sonstigen Angelegenheiten selbst lenken.

Gleichzeitig drohte er an:

Sollte die genannte Frist nicht zur Erreichung einer entsprechenden Übereinkunft ausgenutzt werden, so wird die Sowjetunion durch ein Abkommen mit der DDR die geplanten Maßnahmen verwirklichen. Dabei ist daran gedacht, daß die DDR, wie auch jeder andere selbständige Staat, in vollem Umfange für die ihr Gebiet angehenden Fragen zuständig sein muß, d.h., daß sie ihre Souveränität zu Land, zu Wasser und in der Luft ausüben muß. Gleichzeitig werden alle bisherigen Kontakte zwischen den Vertretern der Streitkräfte und anderen offiziellen Personen der Sowjetunion in Deutschland und den entsprechenden Vertretern der Streitkräfte und anderen offiziellen Personen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Fragen, die Berlin betreffen, aufhören.³⁴

Als die Westmächte daraufhin Verhandlungen über ein Abkommen „über die gesamte Deutschlandfrage“ anboten, verlangte die Sowjetregierung in einer weiteren

³⁴ Zit.n. Steininger, ebda., S. 508 f.

Note am 10. Januar 1959 den Abschluss eines Friedensvertrages mit den „beiden deutschen Staaten“ und legte auch gleich einen Entwurf für einen solchen Vertrag bei. Er sah vor, die Bundesrepublik und die DDR zu neutralisieren und weitgehend zu entmilitarisieren und West-Berlin „bis zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands (...) die Stellung einer entmilitarisierten Freien Stadt“ zu geben. Für den Fall, dass ein solcher Friedensvertrag nicht zustande kommen würde (eine Frist wurde dafür aber nicht mehr gesetzt), kündigte die Sowjetregierung einen Separatvertrag zwischen der DDR und der Sowjetunion an.³⁵

Chruschtschows Ziele

Offensichtlich sollte nun unter Druck erreicht werden, was die bisherige Propagandaoffensive allein nicht gebracht hatte: eine Entspannung der sicherheitspolitischen Situation in Europa unter Anerkennung der DDR. Chruschtschow konnte sich sicher sein, dass die Westmächte wegen der Aufrechterhaltung ihrer Rechte in Berlin keinen Krieg riskieren konnten, in dem sie sich selbst der Gefahr der atomaren Vernichtung aussetzten. Folglich kamen sie gar nicht mehr darum herum, spätestens bei einer Übertragung der sowjetischen Kontrollrechte an die DDR den zweiten deutschen Staat diplomatisch anzuerkennen. Im Zuge der Verhandlungen würde man zudem die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik verhindern, vielleicht sogar die Westmächte aus West-Berlin vertreiben können. „Unser erstes Ziel,“ erläuterte Chruschtschow seinen Mitarbeitern, „ist, sie aus Berlin herauszudrücken wie einen ekelhaften Pickel aus der Nase. Das ist sozusagen unser Maximalprogramm; doch das zu erreichen dürfte nicht so leicht sein. Aber wir können ihnen die Anerkennung der DDR abtrotzen und die deutsche Frage auf dieser Grundlage lösen. Dann gibt es eben zwei deutsche Staaten, so wie sie in Potsdam zurecht geschnipselt wurden und natürlich ohne nukleare oder andere moderne Waffen. Das ist unser Minimalprogramm.“³⁶

Aufweichen der westlichen Position

In der Tat rückten nun die Westmächte von der Vertretung der bisherigen deutschlandpolitischen Maximalpositionen ab. Der amerikanische Außenminister Dulles spekulierte öffentlich darüber, man könne die DDR-Organen als „Agenten“ der Sowjetmacht betrachten und insofern ihre Kontrollen akzeptieren. Freie gesamtdeutsche Wahlen bezeichnete er als nicht notwendigerweise den einzigen Weg, auf dem die Wiedervereinigung erreicht werden könnte. Der britische Premierminister Harold Macmillan reiste Ende Februar 1959 nach Moskau, um die Möglichkeit eines beiderseitigen Disengagements in Mitteleuropa zu diskutieren. Allein der französische Staatspräsident de Gaulle trat entschlossen für eine unerschrockene Aufrechterhaltung der westlichen Positionen in Berlin ein; er wies die Westdeutschen aber gleichzeitig öffentlich darauf hin, dass eine Wiedervereinigung nur bei einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze möglich sei.

Adenauer für Waffenstillstand: „Globke-Plan“

Adenauer versuchte zunächst, jede neue Verhandlung über die Deutschlandfrage zu verhindern und die Verbündeten auf die Ablehnung jeglicher Konzession festzulegen. Als ihm aber deutlich wurde, dass der öffentliche Erwartungsdruck in den westlichen Ländern das nicht mehr zuließ und West-Berlin militärisch nur mit dem Risiko einer atomaren Eskalation zu halten war, schaltete er Anfang Februar 1959 auf einen „Waffenstillstand“ mit der Sowjetunion um. Staatssekretär Hans Globke arbeitete für ihn einen Plan aus, der implizit von der Existenz zweier deutscher Staaten und einer Freien Stadt Berlin ausging. Danach sollte die Bundesre-

³⁵ Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1 (1958/59), Frankfurt/Berlin 1971, S. 537-577.

³⁶ Zit. n. Loth, Helsinki, S. 86.

publik die DDR anerkennen, wenn diese sich dazu verpflichtete, in fünf Jahren eine Volksabstimmung zur Wiedervereinigung und freie gesamtdeutsche Wahlen zuzulassen. Die gesamtdeutsche Volksvertretung sollte dann frei sein, eine Option für die Zugehörigkeit Gesamtdeutschlands zur NATO oder zum Warschauer Pakt zu treffen; militärische Anlagen des dann gewählten Bündnisses sollten aber nicht auf das bisherige Gebiet des anderen Paktes ausgedehnt werden. Das war bei Lichte besehen eine Variante des ein Jahr zuvor lancierten „Österreich-Modells“ für die DDR, freilich nun mit deutlicherer Stoßrichtung gegen die Eigenstaatlichkeit der DDR, allerdings auch mit dem Risiko, dass die DDR-Führung die Abstimmungszusage nach ihrer Anerkennung nicht einhielt und sich somit der Status quo entschieden verfestigte. Intern zeigte sich Adenauer auch bereit, notfalls mit DDR-Vertretern über die Zugangswege nach Berlin zu verhandeln.

Freilich waren das alles nur Rückfallpositionen für den Fall, dass die deutschlandpolitischen Maximalforderungen wirklich nicht mehr zu halten waren. Gegenüber den Westalliierten griff Adenauer davon vorerst nur die Idee eines „Stillhalteabkommens“ auf: eines vorläufigen, auf höchstens fünf Jahre begrenzten Verzichts auf die Wiedervereinigungsforderung, wenn dafür der Status quo in Berlin erhalten werden konnte) und den von der Teilung betroffenen Deutschen „menschliche Erleichterungen“ gewährt wurden. Und als der sowjetische Druck vorübergehend wieder nachließ – Chruschtschow ließ den 27. Mai 1959 verstreichen, ohne seine Drohungen wahr zu machen – verfolgte er auch dieses Konzept nicht mehr weiter. Wichtig war ihm vorerst nur, die westliche Präsenz in Berlin und in der Bundesrepublik zu erhalten. „Wenn wir den Status quo für Berlin und die Zone behalten,“ führte er am 16. März 1959 im CDU-Fraktionsvorstand aus, „haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!“³⁷ An die sowjetische Führung trug er den Waffenstillstands-Gedanken erst im Juni 1962 heran, als sich der Druck auf Berlin wieder verstärkt hatte; dabei bot er lediglich an, in den nächsten zehn Jahren an den „deutschen Fragen“ nicht zu rütteln, wenn die Sowjetführung dafür Sorge trage, „daß die menschlichen Verhältnisse in der Zone besser würden.“³⁸

„Burgfriedens“-Angebot

In der Adenauer gewogenen Literatur ist der „Globke-Plan“, seit er von Heinrich Krone 1974 zur Abwehr des Vorwurfs der Sterilität der CDU-Deutschlandpolitik veröffentlicht wurde, als Beleg für „ein erstaunliches Maß an Flexibilität“ der Adenauerschen Politik gewürdigt worden. Tatsächlich belegt er nur die Bereitschaft zur Hinnahme des Status quo, wenn es sich gar nicht mehr vermeiden ließ. Operative Elemente, die geeignet waren, die Liberalisierung des SED-Regimes zu fördern oder gar die deutsche Einheit näher zu bringen, waren in den verschiedenen Varianten der Adenauerschen Auffang-Planung nicht vorhanden.

Kommentar: Kein produktives Konzept

Die Westmächte gingen in die neue Vierer-Außenministerkonferenz, die nun unvermeidlich wurde und am 11. Mai 1959 in Genf begann, mit dem „Herter-Plan“ (benannt nach dem neuen amerikanischen Außenminister Christian Herter): Gesamtdeutsche Wahlen sollten nun nicht mehr am Anfang des Wiedervereinigungsprozesses stehen; vielmehr sollte es zunächst freie Wahlen in beiden Teilen Berlins geben; danach sollte ein „Gemischter Ausschuss“ aus Vertretern beider

„Herter-Plan“

Ende der Wiedervereinigungsverhandlungen

³⁷ Heinrich Krone, *Auzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954-1969*, in: *Adenauer-Studien III.*, Mainz 1974, S. 129-201; hier: *Tagebucheintrag 16.3.1959*, S. 152.

³⁸ *Ebda.*, *Tagebucheintrag 21.7.1962*, S. 170 f.

deutscher Staaten gesamtdeutsche Wahlen in einer Frist von längstens 2 1/2 Jahren durchführen. Das war Adenauer schon entschieden zu viel an Anerkennung der DDR-Regierung; und auch, dass die Konferenz überhaupt nur zustande kam, nachdem die Westmächte eingewilligt hatten, dass Vertreter beider deutscher Staaten als „Berater“ an „Katzentischen“ neben den vier Siegermächten an der Konferenz teilnahmen, war ihm ein höchst bitteres Zugeständnis. Für Chruschtschow aber, der die Stabilisierung der DDR im Blick hatte, war es entschieden zu wenig. So liefen sich die Verhandlungen sehr schnell fest; und dann vereinbarten die westlichen Außenminister am 28. Mai (auf dem Rückflug nach der Beisetzung ihres verstorbenen Kollegen Dulles), sich fortan nur noch auf das Berlin-Problem zu konzentrieren, da in der Deutschlandfrage offensichtlich keine Verständigung möglich war. Damit endete de facto das Engagement der westlichen Verbündeten für die „Politik der Stärke“: für die Verwirklichung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs das Risiko eines Atomkrieges auf sich zu nehmen, waren sie nicht bereit, und Bonn – d.h. Adenauer – war es letztlich auch nicht.

Eisenhower konzessionsbereit

Präsident Eisenhower war sogar bereit, eine Einschränkung der westlichen Präsenz in Berlin hinzunehmen. Nachdem die Genfer Konferenz ohne Ergebnis auseinander lief, lud er Chruschtschow zu einem Staatsbesuch in die USA ein. Bei vertraulichen Beratungen in Camp David am 25. und 26. September 1959 willigte er in ein Gipfeltreffen der vier Siegermächte ein, auf dem die Situation in Berlin „normalisiert“ werden sollte. Die in West-Berlin stationierten Truppen sollten zumindest teilweise abgezogen werden. Adenauer ließ er wissen: „Die ausdrücklich vereinbarten Rechte der Westmächte in Berlin seien nicht so wichtig, daß die Öffentlichkeit außerhalb Deutschlands ihre Verletzung als ausreichenden Grund für ein gewaltsames Vorgehen ansehen würde.“³⁹

Geplatzer Gipfel

Das Gipfeltreffen kam freilich nicht zustande. Adenauer wehrte sich gegen jedes Zugeständnis, Eisenhower aber wagte es nicht, über die Einwände des Kanzlers hinweg zu gehen – aus Furcht, die Bundesrepublik werde sich dem Neutralismus zuwenden, wenn er ohne Adenauers Einverständnis handelte. Außenminister Herter bekräftigte Anfang April 1960 die amerikanischen Rechte in Berlin. Daraufhin ließ Chruschtschow die für den 16. Mai in Paris angesetzte Gipfelkonferenz unter dem Vorwand der Aufdeckung eines amerikanischen Spionageflugs über sowjetischem Gebiet scheitern. Die erhofften Konzessionen versprach er sich jetzt erst von dem Nachfolger Eisenhowers, dessen Amtszeit Ende 1960 auslief. Adenauer kommentierte das Scheitern des Gipfels gegenüber seinem Pressesprecher Felix von Eckardt: „Da haben wir ja nochmal fies Jlück jehabt.“⁴⁰

Drohungen in Wien
Kennedys „drei Essentials“

Gegenüber dem neuen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy erneuerte Chruschtschow bei einer ersten Begegnung am 3./4. Juni 1961 in Wien das Berlin-Ultimatum in aller Form: Der Friedensvertrag mit der DDR werde „unwideruflich“ im kommenden Dezember unterzeichnet werden und dann sei dem alliierten Zugang nach Berlin die Grundlage entzogen. Kennedy erschrak über die Möglichkeit eines Krieges, die sich da abzeichnete – und fand sich dann zu der entscheidenden Konzession bereit, die Chruschtschow einen Rückzug ohne Gesichtsverlust ermöglichte: Am 25. Juli versicherte er in einer Fernsehansprache,

³⁹ Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1959-1963. Fragmente*, Stuttgart 1968, S. 24 f.

⁴⁰ Felix von Eckardt, *Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen*, Düsseldorf/Wien 1967, S. 614.

dass die USA bereit seien, für drei „essentielle“ Ziele in Berlin zu kämpfen: für das Recht der Westalliierten auf uneingeschränkte Präsenz in West-Berlin, für ihren freien Zugang zu West-Berlin und für das Recht der West-Berliner Bevölkerung auf freie Wahl ihrer Lebensform. Die Wahrnehmung der westalliierten Rechte im östlichen Teil Berlins führte er nicht unter den „Essentials“ auf.

Das war für Chruschtschow das Signal, das es ihm erlaubte, das Ausbluten der DDR durch den Bau einer Mauer um West-Berlin zu stoppen (vgl. Kap. 8.4). Als Kennedy die Nachricht vom Beginn des Mauerbaus am 13. August erhielt, kommentierte er: „Das bedeutet, Chruschtschow hat nachgegeben. Wenn er noch die Absicht hätte, ganz Berlin zu besetzen, hätte er diese Mauer nicht gebaut.“⁴¹ Er hütete sich, gegen die Abschließung der westlichen Stadtsektoren mehr als verbalen Protest vorzubringen. Selbst die Forderung des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin, Willy Brandt, jetzt einen Drei-Mächtestatus West-Berlins zu proklamieren und damit die westliche Stadthälfte stärker an die Bundesrepublik zu binden, lehnte er ab. Adenauer, der die Haltung Kennedys im Kern billigte, vermied es, sich in Berlin sehen zu lassen, um die Emotionen der Bevölkerung nicht noch weiter anzuheizen.

Zurückhaltende Reaktion auf Mauerbau

Die Zurückhaltung Kennedys und der übrigen Alliierten rief bei der West-Berliner und westdeutschen Bevölkerung zunächst außerordentliche Verbitterung hervor. Die Bild-Zeitung schrie am 16. August gequält auf: „Wir sind enttäuscht.“

Enttäuschung der Deutschen



⁴¹ Zeugnis von Kennedys Sekretär Kenneth P. O'Donnell, zit.n. Peter Bender, Neue Ostpolitik, München 1986, S. 221.

Lernprozess

Mit der Zeit machte sich aber die Einsicht breit, dass die Westmächte tatsächlich nicht bereit waren (und aufgrund der wechselseitigen Abschreckungsdrohung auch nicht bereit sein konnten), sich über die Verteidigung des deutschlandpolitischen Status quo hinaus zu engagieren. Bis die bundesdeutsche Politik daraus Konsequenzen zog, sollte noch erhebliche Zeit vergehen: Zu groß waren die Illusionen, die sich im Zuge der Adenauerschen Deutschlandpolitik angesammelt hatten. Auch hörte der Druck auf West-Berlin noch nicht sogleich ganz auf: Chruschtschow ließ zwar das Ultimatum erneut ungenutzt verstreichen, behinderte dann aber im Sommer 1962 noch einmal den alliierten Luftverkehr nach Berlin. Erst nach der Kuba-Krise vom Oktober 1962 hörte die Sowjetführung damit auf, die prekäre Lage West-Berlins als Druckmittel zu nutzen. Rückblickend erwies sich der Mauerbau aber dennoch als der entscheidende Wendepunkt: Bei den deutschen Staaten war nun klar, dass sie fortbestehen würden, solange der Ost-West-Konflikt andauerte; und auch die übrige Welt ging nun von diesem Ergebnis des Ringens um die deutsche Frage aus.

Mauerbau als Wendepunkt

Übungsaufgabe

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Heinrich Krone notierte Ende 1961 in seinem Tagebuch:

[...] Einige Feststellungen am Jahresende.

In Berlin sind die Menschen nicht mehr so erregt wie die Wochen und Monate vorher. Sie sind aber besorgt, sehr besorgt. Sie stellen die Frage, wann sie gehen sollten. Die Zahl derer, die Berlin verlassen, wächst. Es sind nicht die kleinen Leute. Das Pendel kann wieder zur anderen Seite ausschlagen, wenn kommende Verhandlungen die Gewähr für Stabilität und Gesicherheit in Berlin bieten. Doch kommt es dazu? Man glaubt es nicht; man ist nicht mehr des Glaubens, daß die Amerikaner es schaffen.

Der 13. August ist in der Bevölkerung der Tag der großen Ernüchterung und Enttäuschung. Bis dahin glaubte und traute man den Amerikanern blindlings.

Wir müssen vom Bund aus alles für Berlin tun, was dieser Stadt moralisch, kulturell und wirtschaftlich Hilfe und Stütze ist. Doch – ich befürchte, wir können Berlin nicht vor der Auszehrung bewahren. Berlin vergreist. Erst wenn die deutsche Frage gelöst ist, wenn wir wieder ein ganzes Volk sind, ist auch die Berlin-Frage gelöst. Doch wann? Wir sind weit von dieser glücklichen Stunde entfernt.

Der 13. August ist ein Schicksalstag des deutschen Volkes. Wie ein Blitzstrahl das Dunkel erleuchtet, daß es taghell vor uns liegt, so hat dieser August-Tag das Dunkel der Stunde erhellt und uns für alle sichtbar den Blick in die deutsche Zukunft ermöglicht.

An der Mauer entlang ist Deutschland getrennt, verläuft die Grenze des kommunistischen Ostens gegen die freie Welt. Und – was wir immer nicht glauben wollten, die amerikanische Politik nimmt diese Grenze zur Kenntnis. Was später einmal ist, daß die Westmächte uns in Verträgen versprochen haben, daß sie nicht rasten würden, bis Deutschland wieder ein Volk und Land ist, das alles hat im Augenblick keine aktive Bedeutung. Wir wissen jetzt alle, wo heute die Grenze verläuft, bis zu der sich die Amerikaner engagieren. Dieser Rückzug auf diese Linie hat viel an Vertrauen erschüttert. In Berlin. Für Westberlin kann es zu einem Kriege kommen. Die Amerikaner wären bereit, wenn wir bereit sind. Doch wer kann im Letzten den Krieg riskieren.

Es kommt um Berlin zu keinem Krieg. Dessen bin ich sicher. Entweder bleibt es bei dem, was ist, oder es kommt zu Verhandlungen mit neuen Vereinbarungen. Dann müssen wir mit einem neuen Status für Berlin rechnen, der den politischen Zusammenhang Berlins mit der Bundesrepublik stark abschwächte, und uns hoffentlich dafür einen echten freien Zugang von uns nach Berlin brächte.

Der Kanzler rechnet mit Verhandlungen und mit einem neuen Status-Vertrag. Das wäre ein Erfolg der Sowjetpolitik, der Weltkommunismus hätte wiederum seine Macht ein Stück weiter in den Westen hinein verschoben. Die Konsequenzen für Berlin und die Berliner lägen auf der Hand.

Traurige Weihnachten in der Zone. Briefe, die ich bekam, legen dafür erschütterndes Zeugnis ab. Das freie Deutschland muß sich zu einer viel stärkeren und kraftvolleren Haltung aufraffen. Wir müssen aufhören zu schlafen. Wir verfetten in unserem Wohlstand, und drüben hungern die Deutschen an Leib und Seele. Wir müssen Fanal sein, das in die Zone leuchtet. Die Stunde kommt, wo wir wieder eins werden. Bonn, sein gesamtdeutsches Ministerium, die Kirchen, die Schulen, die Volksverbände sind gerufen. Doch, sagen wir es offen, der deutsche Westen ist in Gefahr, seinen Teil für das Ganze zu halten. Erst wenn wir im Westen versagen, hört Deutschland an der Mauer auf; erst wenn wir im Westen versagen, sind die Deutschen hinter der Mauer verloren.

Krieg? Ich glaube nicht, daß es zum Krieg kommt; es sei denn, daß einer die Nerven verliert. Man will auf beiden Seiten keinen Krieg, und die Chinesen sind noch nicht so weit.

Es bleibt bei dem geteilten Deutschland. Noch lange. Der Westen findet sich mit dem geteilten Deutschland ab. Wir müssen ihn daran erinnern, daß es in den mit ihm abgeschlossenen Verträgen anders lautet. Sie steigen aus den Verträgen auch nicht aus; doch es ist keine Kraft in dem Wort Wiedervereinigung, Selbstbestimmungsrecht. Man sucht Koexistenz auf dem Boden des Status quo. Wir müssen der Welt immer wieder sagen, daß der Weltkommunismus keine Koexistenz kennt.⁴²

Bitte überlegen Sie:

1. Welche Gründe für Krones Enttäuschung werden sichtbar?
2. Wie reflektiert Krone die Erfahrungen der Jahre seit 1955?
3. Werden Konsequenzen aus der Erfahrung des 13. August 1961 sichtbar?

Literaturhinweise

Grundlegend zur Adenauerschen Deutschlandpolitik aufgrund internen Materials:

- Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954-1963, in: Adenauer-Studien III, Mainz 1974, S. 3-91.

Zahlreiche zusätzliche Details bei:

- Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952-1967, Stuttgart 1991.

Zur internationalen Politik 1955-61:

- Wilfried Loth, Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, S. 49-85.

⁴² Krone, Aufzeichnungen, S. 165 f.

- Rolf Steininger, *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958-1963*, München 2001.